

Baut Brücken, nicht Mauern!
Kundgebung gegen den EU-Afrika-Gipfel
Montag, 17.12.2018, 18:00, Reichsbrücke

Pressemappe



**Plattform für eine
menschliche Asylpolitik**

Inhalt

Teilnehmende an Pressekonferenz.....	3
Aufruf zum Protest	3
Ablauf und Reden auf der Kundgebung zum EU-Afrika-Gipfel.....	4
Stellungnahme der Plattform für eine menschliche Asylpolitik	4
Selbstverständnis der Plattform für eine menschliche Asylpolitik.....	6
Stellungnahme von System Change, not Climate Change!.....	7
Stellungnahme von Afrique-Europe-Interact.....	8
Stellungnahme von Seebrücke Wien.....	12

Plattform für eine menschliche Asylpolitik

+43 681/1043 0201

office@menschliche-asylpolitik.com

www.menschliche-asylpolitik.at

www.facebook.com/menschliche.asylpolitik/

Teilnehmende an Pressekonferenz Café Stein, 14.12.2018

Redner_innen:

- **Faika El-Nagashi:** Wiener Landtagsabgeordnete und Integrations- und Menschenrechtssprecherin von Die Grünen Wien
- **Mireille Ngosso:** stv. Bezirksvorsteherin, SPÖ Wien
- **Brigitte Hornyik:** Sprecherin der *Plattform für eine menschliche Asylpolitik*
- **Nadine Versell:** Aktivistin von *System Change not Climate Change*
- Aktivist*in der Seebrücke Wien

Stimmen zu den Menschenrechtsverletzungen:

- **Dr.in Ishraga Mustafa Hamid:** Schriftstellerin, freie Journalistin und Expertin zur Situation von geflüchteten Frauen und Migrantinnen sowie zum Karthoum-Prozess
- **Henrie Dennis:** Gründerin von *Afro Rainbow Austria* – Verein von und für LGBTIQ-Personen aus afrikanischen Ländern, Expertin zur Situation von geflüchteten LGBTIQ-Menschen

Aufruf zum Protest Kundgebung zum EU-Afrika-Gipfel Baut Brücken, nicht Mauern!

Montag, 17. Dezember 2018, 18:00 Uhr
Reichsbrücke, erreichbar über U1 Vorgartenstraße

Am 17. und 18. Dezember lädt ÖVP-Bundeskanzler Kurz zu einem EU-Afrika-Gipfel in Wien, in der die weitere Abschottung vor Migrant_innen und gleichzeitige Ausplünderung afrikanischer Staaten durch unsere westlichen Regierungen verfestigt werden sollen.

Die Europäische Union (EU) will auf dem Gipfel Unternehmen Privatisierungen und weitere Rohstoffausbeutung am afrikanischen Kontinent schmackhaft machen und verkauft solche berüchtigten „Strukturanpassungsprogramme“ als „Hilfe vor Ort“. Neben dem Klimawandel, den der Westen zu verantworten hat, werden solche Maßnahmen noch mehr Menschen in die Flucht treiben.

Gleichzeitig will die EU die damit erzeugten Fluchtbewegungen „abwehren“. Sie setzt dabei auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit libyschen Milizen, die schon jetzt Menschen vergewaltigen und mit Sklaven und Organen handeln. Kurz will noch enger mit der ägyptischen Militärdiktatur kooperieren, die Zehntausende in Gefängnisse steckt. FPÖ-Politiker schlagen gar vor, militärisch in nordafrikanischen Staaten einzumarschieren.

Wir protestieren gegen die Ausbeutungs- und Abschottungspolitik der EU und der Bundesregierung und organisieren am Montag, 17. Dezember um 18 Uhr eine Kundgebung auf der Wiener Reichsbrücke unter dem Motto „Baut Brücken, nicht Mauern!“.

Ablauf und Reden auf der Kundgebung zum EU-Afrika-Gipfel Baut Brücken, nicht Mauern!

Montag, 17. Dezember 2018
Beginn: 18:00 Uhr, Reichsbrücke

Moderation:

- **Fiona Herzog:** Vorsitzende der *Sozialistischen Jugend Wien*
- **Karin Wilflingseder:** *Linkswende jetzt*

Sprecher_innen:

- **Judith Ranftler:** stv. Sprecherin der *Plattform für eine menschliche Asylpolitik; Volksbilfe Österreich*, Fachbereich Asyl und Integration, Kinder und Jugend
- **Faika El-Nagashi:** Wiener Landtagsabgeordnete und Integrations- und Menschenrechtssprecherin von *Die Grünen Wien*
- **Mireille Ngosso:** stv. Bezirksvorsteherin, SPÖ Wien
- **Osa Rex:** *The Voice Refugee Forum*
- **Lina Kaunitz:** *System Change not Climate Change*
- **Dr.in Ishraga Mustafa Hamid:** Schriftstellerin, freie Journalistin und Expertin
- Aktivist*in der Seebrücke Wien
- **Henrie Dennis:** Gründerin von *Afro Rainbow Austria* – Verein von und für LGBTIQ-Personen aus afrikanischen Ländern
- **Topoke:** Menschenrechtsaktivist und Musiker

Am Ende der Kundgebung wird ein 50 Meter langes Banner „Baut Brücken, nicht Mauern!“ entrollt.

Stellungnahme der Plattform für eine menschliche Asylpolitik Wider die Ausbeutungs- und Abschottungspolitik der EU

Westliche Regierungen und Konzerne rauben afrikanischen Staaten jährlich rund 60 Milliarden Euro durch Steueroasen und Steuerflucht. Zugleich versuchen sich dieselben Regierungen durch das Hochziehen von Mauern und Grenzen, über schmutzige Deals mit afrikanischen Diktatoren und Militärinterventionen vor den Folgen dieser Politik – Flucht und Migration – abzuschotten und schüren Rassismus gegen Menschen, die alles verloren haben.

Am 17. und 18. Dezember treffen sich im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes auf Einladung von ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz und dem Präsidenten der *Afrikanischen Union (AU)*, Paul Kagame, in Wien zahlreiche europäische und afrikanische Staatsoberhäupter und Minister_innen, vorrangig um Wirtschaftsbeziehungen zu verhandeln und auszubauen. Diese Wirtschaftsinteressen bringen jedoch Vorteile für Wenige und massive Existenzbedrohungen für Viele mit sich: berüchtigte „Strukturanpassungsprogramme“, Rohstoffausbeutungen, Privatisierungen – verkauft unter dem Deckmantel von Investition und Innovation.

Ökonomische Ausbeutung

Die aktuelle Studie *Honest Accounts* von *Global Justice Now Jubilee, Debt Campaign* und anderen NGOs zeigt, wie die Welt von den Reichtümern Afrikas profitiert. 2015 erhielten afrikanische Länder 161,6 Milliarden Dollar (umgerechnet 142,6 Milliarden Euro) in Form von Krediten an Regierungen und den privaten Sektor, Überweisungen und Hilfen aus dem Ausland. Gleichzeitig wurden 202,9 Milliarden Dollar (179,0 Milliarden Euro) aus Afrika über die Profite von multinationalen Konzernen und Banken und über Klimaanpassungskosten herausgepumpt. Dadurch ergibt sich ein jährliches Defizit von 41,3 Milliarden Dollar (36,4 Milliarden Euro).

„Es kommt nicht darauf an, den Menschen der Dritten Welt mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu stehlen“, sagt der Soziologe und UN-Sonderberichter-

statter Jean Ziegler. Afrikanische Länder erhielten laut *Honest Accounts* jährliche Hilfszahlungen in der Höhe von 19,1 Milliarden Dollar (16,9 Milliarden Euro) aus OECD-Staaten – aber drei Mal so viel Geld wurde alleine durch illegale Geldabflüsse, sprich durch Steuerflucht und internationalen Konzernen genehme Regulierungen, geraubt: sage und schreibe 67,6 Milliarden Dollar (59,6 Milliarden Euro).

Der Wiener EU-Afrika-Gipfel, der ursprünglich unter dem Motto „Hilfe vor Ort“ hätte stattfinden sollen, ist eine weitere karitative Heuchelei auf dem Rücken der Ärmsten, weil er nicht nur nichts Grundlegendes an diesem System verändert, sondern es im Gegenteil weiter verfestigt. So heißt es in der offiziellen Einladung, Kanzler Kurz habe dieses Forum aus europäischen und afrikanischen Staats- und Regierungschefs und Geschäftsführenden global agierender Konzerne, „Innovationschampions“ und Start-Ups einberufen, um in Business-to-Business- und Business-to-Government-Treffen die „Wettbewerbsfähigkeit auf beiden Kontinenten zu sichern und die Beziehungen in allen Bereichen zu vertiefen“.

Folgen der „neoliberalen Öffnung“

Die enorme Ausbeutung afrikanischer Ressourcen wurde im Zeitalter des Neoliberalismus auf die Spitze getrieben. Die meisten afrikanischen Länder wurden in den 1980er- und 1990er-Jahren im Gegenzug für Kreditzahlungen zu sogenannten „Strukturanpassungsprogrammen“ gezwungen – Liberalisierung des Außenhandels, Abbau von Schutzzöllen, Privatisierungen und Beendigung der Stützung des Brotpreises waren die Folgen. Versprochen wurde wirtschaftlicher Aufstieg für Alle. Resultat war allerdings eine enorme Zunahme der Armut und Ungleichheit.

In den Subsahara-Staaten stieg laut der *International Labor Organisation* (ILO) die Zahl der jungen Menschen, die von Erwerbsarmut bedroht sind, in den letzten 25 Jahren um 80 Prozent. 2016 mussten 64,4 Millionen junge Menschen in diesen Staaten von weniger als 3,10 Dollar pro Tag (2,70 Euro) leben, in ganz Afrika waren es 250 Millionen Menschen (ein Fünftel der Gesamtbevölkerung). 2017 arbeiteten in den Subsahara-Staaten unglaubliche 66 Prozent aller Lohnabhängigen (290 Millionen Menschen) unter prekären Verhältnissen, das heißt ohne ausreichende Verträge oder Rechte. Das ist der höchste Wert auf der ganzen Welt, Tendenz laut ILO steigend.

Migrationsbewegungen

Ökonomische Verwüstung, militärische Interventionen des Westens und Bürgerkriege (in Somalia, Libyen und im Südsudan, um nur ein paar zu erwähnen) und die Auswirkungen des Klimawandels zwingen die Menschen zur Flucht beziehungsweise zur Suche nach einem besseren Leben. 22 Prozent der Bevölkerung Westafrikas und 7 Prozent der Menschen in Nordafrika sind von Dürren betroffen, 2 Prozent aller Menschen in Afrika von Flutkatastrophen, 13 Prozent in Westafrika von hohen Temperaturschwankungen, zeigen ver-

schiedene Studien, die im *Economic Development in Africa Report 2018* der *Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung* (UNCTAD) zusammengefasst sind.

Der überwiegende Teil der Migrant_innen Afrikas sucht auf dem Kontinent selbst eine bessere Zukunft. 2017 lebten laut der *Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen* (UN DESA) 19,4 Millionen Menschen Afrikas in einem anderen afrikanischen Land als ihrem Ursprungsland, das sind um 6 Millionen mehr als noch 1990. Rund 9,3 Millionen Afrikaner_innen lebten 2017 in Europa, nicht ganz doppelt so viel wie 1990. Die „Reisen“ sind dabei brandgefährlich. Zwischen 2014 und 2016 sind 3.800 Menschen auf ihren Reisen in Afrika gestorben, die meisten entlang der Routen in Westafrika und am Horn von Afrika Richtung Ägypten, schätzt die *Internationale Organisation für Migration* (IOM). Die wirklichen Zahlen dürften viel höher sein. 2015 stammten 42 Prozent aller Ertrunkenen im Mittelmeer aus Subsahara-Staaten.

Rassistische Abschottungspolitik

Obwohl diese Migrationsbewegungen gemessen an der Gesamtbevölkerung winzig sind (die Binnenmigration in Afrika macht seit 1990 nur rund 0,5 Prozent der Bevölkerung aus; die Zahl der Afrikaner_innen in Europa ist seit 1990 nur um knapp 0,7 Prozent der Gesamtbevölkerung gestiegen) treibt die *Europäische Union* (EU) die Abschottung vor Migrant_innen unverhohlen voran. In erster Linie geht es ihr bei der Aufstockung der Mittel für die Grenzschutzagentur Frontex, dem harten Vorgehen gegen Seenotrettungs-Organisationen und „Schlepper“ offenbar um das Schüren von Rassismus gegen Geflüchtete und Migrant_innen – mit katastrophalen Folgen. Alleine heuer sind bereits 2.160 Menschen im Mittelmeer ertrunken (Stichtag: 10. Dezember 2018). Jeder Fünfzigste muss bei der gefährlichen Überfahrt unnötigerweise sterben.

FPÖ-Innenminister Herbert Kickl hat gar vor, das Menschenrecht auf Asyl gänzlich auszuhebeln und will ein System etablieren, „wo es nicht mehr möglich ist, auf dem Boden der EU einen Asylantrag zu stellen“. Zur Beendigung der „illegalen Migration“ ist die EU dafür bereit, schmutzige Deals mit Diktatoren einzugehen. Dazu zählt die Zusammenarbeit mit libyschen Milizen, die – wie Menschenrechtsorganisationen dokumentierten – Menschen versklaven, vergewaltigen und foltern. Oder die angestrebte Kooperation mit der ägyptischen Militärdiktatur, die Zehntausende in Gefängnisse gesteckt hat und routinemäßig foltert. Der Mitausrichter des Gipfels, Ruandas Staatschef Paul Kagame, lässt unliebsame Oppositionelle hinter Gitter sperren, wie die Präsidentschaftskandidatin Diane Rwigara.

Militärinterventionen

Das europäische Engagement bedeutet auch verstärkt imperialistische Kriegsmissionen. FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek hat angekündigt, dass man sich in Mali künftig „noch mehr engagieren“ wolle, schließlich müsse man sich „dorthin bewegen, wo sich auch

die globalen Hotspots abspielen“. Der freiheitliche Wehrsprecher Andreas Bösch schlug gar vor, mit Truppen in Nordafrika einzumarschieren und „Anlandeplattformen“ zur Rückführung von Migrant_innen zu errichten. Bereits jetzt kommt es zu verstärkten militärischen Interventionen in Afrika, bei denen es auch um die Schließung der Fluchtrouten durch die Sahara geht.

Italien versucht seit dem Sturz von Muammar al-Gaddafi, in Libyen Fuß zu fassen. Frankreich erhöht seine jahrelange militärische Präsenz in der Sahelzone, Deutschland drängt darauf, Migrantenströme bereits von vornherein zu unterbinden. Das *Afrikanische Kommando der Vereinigten Staaten* (AFRICOM) erweitert ihren militärischen Einflussbereich in den Ländern südlich der Sahara, wie der Tod von vier US-Soldaten einer Spezialeinheit im Niger im Oktober 2017 und die Pläne für eine Militärbasis in Ghana offenbart haben. Diese verstärkten Militäroperationen werden nicht zu einer Befriedung der Region führen, sondern geopolitische Konflikte weiter anheizen, noch mehr Menschen in die Flucht treiben und die Fluchtrouten noch gefährlicher machen.

Die *Plattform für eine menschliche Asylpolitik* protestiert gegen diese Ausbeutungs- und Abschottungspolitik der EU und der österreichischen Bundesregierung und gegen die zahllosen Menschenrechtsverletzungen, die das Ergebnis dieser Blutgeschäfte sind.

Wichtige Quellen

- Global Justice Now Jubilee, Debt Campaign und andere, *Honest Accounts 2017 – How the world profits from Africa's wealth* (2017), <https://www.globaljustice.org.uk/resources/honest-accounts-2017-how-world-profits-africas-wealth>
- Global Migration Data Analysis Centre (GMDAC), *Fatal Journeys* (2017), <https://www.iom.int/news/ioms-fatal-journeys-reveals-how-data-collection-missing-migrants-can-be-improved>
- Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN DESA), *International migrant stock* (2017), <http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/data/estimates2/estimates17.shtml>
- International Labor Organisation (ILO), *World Employment Social Outlook Youth* (2016), https://www.ilo.org/addisababa/media-centre/pr/WCMS_514566/lang-en/index.htm
- Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), *Economic Development in Africa Report* (2018), <https://unctad.org/en/pages/PublicationWebflyer.aspx?publicationid=2118>

Rückfragehinweis

Plattform für eine menschliche Asylpolitik

David Albrich

+43 681/1043 0201

office@menschliche-asylpolitik.com

www.menschliche-asylpolitik.at

www.facebook.com/menschliche.asylpolitik/

Selbstverständnis der Plattform für eine menschliche Asylpolitik

Wer wir sind. Die „Plattform für eine menschliche Asylpolitik“ ist ein breiter, politischer Zusammenschluss von NGOs, Flüchtlingsinitiativen, politischen Organisationen sowie engagierten Persönlichkeiten. Unser gemeinsames Ziel sind die Einhaltung von international verankerten Asyl- und Menschenrechten. Wir möchten allen Menschen eine Stimme geben, die ein Ende der unmenschlichen Asylpolitik der österreichischen Regierung, anderer Staaten und der EU fordern.

Mittels Demonstrationen, Aktionen und Diskussionsveranstaltungen wollen wir unsere Forderungen öffentlich machen, Druck ausüben und die vielen engagierten Menschen, Betroffenen und Initiativen sichtbar machen. Für eine nachhaltige positive Veränderung des gesellschaftlichen Klimas möchten wir möglichst viele Menschen gewinnen.

Unrecht in Österreich und der EU. Wir fordern offene und sichere Fluchtwege. Wir wehren uns gegen die Verschärfung der Asylgesetze und Ausbebelung der Menschenrechte in Österreich und der EU. Wir kämpfen gegen die Abschottungspolitik der „Festung Europa“, die zunehmend militärische Mittel gegen Schutzsuchende anwendet und für zahllose Tote die Verantwortung trägt.

Wir bekämpfen Rassismus gegen Geflüchtete, gegen die Schwarze Community und People of Color, wir bekämpfen antimuslimischen Rassismus, Antisemitismus und alle Formen von Diskriminierung.

Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen. Die Menschenrechte sind unteilbar. Wir unterscheiden nicht zwischen sogenannten „Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen“ oder „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen. Wir wollen alle Fluchtursachen bekämpfen – egal ob Krieg, Umweltzerstörung, Verfolgung aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, Weltanschauung, Religion, sexueller Orientierung und des Geschlechts, oder aus anderen Gründen. Auch Klimawandel muss ein anerkannter Fluchtgrund werden. Kein Mensch ist illegal.

Gemeinsam sind wir stark. In einem breiten Bündnis gibt es natürlich viele verschiedene und manchmal auch widersprüchliche Positionen und Erfahrungen. Aber uns ist der respektvolle und solidarische Umgang miteinander wichtig. Bei jeder Veranstaltung, Debatte oder bei Protesten im Rahmen der Plattform haben daher Herabwürdigungen oder Beleidigungen gegen Teile unseres Bündnisses sowie die Propagierung von Zielen, die der Grundhaltung der Plattform – Antifaschismus, Antirassismus, Antisexismus und Ablehnung aller Formen von Diskriminierung – widersprechen, keinen Platz. Nur gemeinsam können wir eine menschliche Asylpolitik erkämpfen.

Für den laufenden Betrieb, das heißt für die Vorbereitung der Treffen, Veranstaltungen und Proteste, kümmert sich ein Kerngruppe das derzeit aus folgenden Gruppen beziehungsweise Personen besteht:

- Volkshilfe Österreich
- Die Grünen Wien
- Linkswende jetzt
- Sozialistische Jugend Wien
- Brigitte Hornyik (Sprecherin)

Stellungnahme von System Change, not Climate Change!

Im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft lädt Kanzler Sebastian Kurz am 18. Dezember in Wien zum EU-Afrika-Gipfel. Unter dem Deckmantel des offiziellen Mottos „Hilfe vor Ort“ und der Bekämpfung von Fluchtursachen ist der Gipfel tatsächlich eine weitere Maßnahme, um die rassistische Abschottung der europäischen Grenzen voran zu treiben und Natur und Menschen im globalen Süden weiter auszubeuten. Durch kapitalistische Ausbeutung und die katastrophale Klimapolitik der schwarz-blauen Regierung werden Lebensgrundlagen zerstört und Fluchtursachen produziert.

Nach Genfer Flüchtlingskonvention zählt die Flucht vor den Auswirkungen des Klimawandels nicht als anerkannte Fluchtursache. Geht es nach FPÖ-Innenminister Herbert Kickl soll das auch so bleiben: „Der Klimawandel darf niemals ein anerkannter Asylgrund werden“, forderte Kickl im Jahr 2017. So ist es für zur Flucht gezwungene Menschen (quasi) unmöglich einen Asylbescheid zu bekommen, obwohl ihre Lebensgrundlagen oder ihre ganze Heimat durch die immer weiter (anheizende) angeheizte Klimakrise zerstört wurden. Solange die herrschenden Verhältnisse im kapitalistischen System bestehen bleiben, werden auch künftig Menschen ins Elend getrieben und mit Gewalt vor der Flucht abgehalten. Alleine hierzulande trägt die schwarz-blaue Regierung mit ihrer praktisch nicht vorhandenen Umwelt- und Klimapolitik zur immer spürbarer werdenden Klimakrise bei. Laut UN-Flüchtlingshilfe werden in den nächsten Jahrzehnten zwischen 250 Millionen und einer Milliarde Menschen aufgrund von Auswirkungen der Klimakrise zur Flucht gezwungen sein.

Schwarz-Blau steht mit ihren Aussagen im ständigen Widerspruch zu ihren Taten. Während ÖVP-„Umweltministerin“ Elisabeth Köstinger oder FPÖ-Infrastrukturminister Norbert Hofer noch dieses Jahr verlautbarten, dass der Kampf gegen den Klimawandel als eine der größten Herausforderungen Österreichs höchste Priorität habe, setzt sich die Regierung derzeit für ein Tempolimit von 140 km/h auf den österreichischen Autobahnen, eine 3. Piste am Flughafen Wien oder eine den demokratischen Prozess gefährdende

sowie fossile Großprojekte begünstigende Novelle der Umweltverträglichkeitsprüfungen ein.

Diese klimaschädliche, neoliberale und autoritär-konservativ bis rechtsextreme Politik der Regierung verstärkt die kapitalistische Ausbeutung und den Wachstumszwang. Aussagen wie „Österreich als Exportland hat großes Interesse an einem fairen, regelbasierten, freien Welthandel“ heißen übersetzt: die Ausschöpfung der wirtschaftlichen Potenziale Afrikas. Der globale Norden trägt durch die Abwälzung der Kosten der Klimazerstörung auf den globalen Süden und deren Ausbeutung von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften selbst schuld daran, dass Menschen zur Flucht nach Europa gezwungen werden.

Diese massive Ausbeutung von Mensch und Umwelt kann im Zuge des Gipfels ohne weiteres als „Hilfe vor Ort“, als wirtschaftliche Förderung des afrikanischen Kontinents verkauft werden.

System Change, not Climate Change! fordert ein Ende der grünen Lügen, ein Ende der fortschreitenden KlimaUNgerechtigkeiten und ein gutes Leben für Alle! Die Klimakrise lässt sich nicht auslagern, sie ist auch im globalen Norden bereits deutlich zu spüren und geht uns alle an!

Stellungnahme von Afrique-Europe-Interact

Für den 17. und 18. Dezember 2018 laden Sebastian Kurz als Repräsentant des österreichischen EU-Vorsitzes und Paul Kagame, Präsident von Ruanda und aktuell Vorsitzender der Afrikanischen Union, in Wien zu einem High Level Forum Europa-Afrika unter dem Motto „taking cooperation to the digital age“; geladen sind laut Eigendarstellung afrikanische und europäische Staats- und Regierungschefs, Geschäftsführer*innen global agierender Konzerne sowie innovative Unternehmer*innen und Interessensvertreter*innen. Laut Programm geht es um Themen wie Finanztechnologie, „Landwirtschaft 4.0“, Digitalisierung, Arbeitsplätze und Qualifikationen, Privatfinanzierung von Start ups und Zugang zu nachhaltiger Energie. Simuliert werden partnerschaftliche Beziehungen auf Augenhöhe.

Dass das Europa-Afrika-Forum in Wien über einen Versuch der Image-Aufpolierung hinaus Veränderungen der Verhältnisse im Interesse der afrikanischen Bevölkerungen anstoßen wird ist von Akteur*innen wie Sebastian Kurz und Karin Kneissl am allerwenigsten zu erwarten. Denn das Interesse der österreichischen Bundesregierung am afrikanischen Kontinent gilt primär der Schließung von Migrations- und Fluchtrouten und der Kooperation zur Beschleunigung von Abschiebungen. Diese Regierung inszeniert sich im Rahmen ihres EU-Vorsitzes als Verfechterin von Grenzsicherungen innerhalb und außerhalb der EU, fordert die „Schließung der Mittelmeerroute“, hetzt gegen flüchtende Menschen und gegen Seentretter*innen und wirbt für den Ausbau von Flüchtlingslagern oder Haftzentren außerhalb der EU, mit dem Ziel der völligen Auslagerung des Asylsystems.

Ökonomische Ausbeutung und neokoloniale Kontinuitäten

Jenseits aller Partnerschaftsrhetorik ist die Realität der Beziehungen zwischen europäischen und afrikanischen Staaten bis heute geprägt von ökonomischen, militärischen und strukturellen Gewaltverhältnissen, die an die Geschichte kolonialer Unterwerfung anknüpfen: Bis heute werden die natürlichen Ressourcen afrikanischer Länder auf Kosten der Bevölkerung geplündert. Strukturanpassungsprogramme von IWF und Welt-

bank haben jahrzehntelang ruinöse Privatisierungen erzwungen und Infrastruktur in Verkehr und Gesundheitswesen zerstört. Aktuell versuchen die EU Staaten über die EPAs (Economic Partnership Agreements), von den afrikanischen Staaten eine weitere Marktöffnung zu erzwingen, die afrikanische Produzent*innen, u.a. in der Landwirtschaft, einer verschärften Konkurrenz durch EU-Importe aussetzt und Staatshaushalte durch Verlust von Zolleinnahmen schwächt. Die EU-Staaten, auch Österreich, sind tief in den Export von Waffen und Kriegen auf den afrikanischen Kontinent verstrickt. Die afrikanischen Länder haben, im Gegensatz zu den Industriestaaten des globalen Nordens, den geringsten Anteil am weltweiten CO2-Ausstoß, aber sind bereits heute am schlimmsten von den Folgen der Klimazerstörung betroffen. Diktatorische und korrupte Regime, die die eigene Bevölkerung ausrauben und unterdrücken, und gewalttätige Milizen sind so lange gern gesehene Partner*innen, wie sie europäischen Interessen dienen.

Die Externalisierung des EU-Grenzregimes nach Afrika

Die Grenzkontrollpraxis auf afrikanischem Territorium wird zunehmend von europäischen Staaten dominiert: Grenzschutztechnologie wird nach Afrika exportiert, „Sicherheitspolitik“ und Migrationskontrolle wird unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe durchgesetzt und die Ausbildung von Militärs sowie die Präsenz europäischer Soldat*innen auf afrikanischem Boden verstärkt.

Kooperationspartner*innen für schmutzige Abkommen sind brutale Diktatoren oder u.a. libysche Milizen, die Migrant*innen in Haftzentren foltern, vergewaltigen und ermorden oder jene für Sklav*innenarbeit verkaufen, die kein Lösegeld zahlen können.

Als Vorzeigebispiel der Kooperation mit dem europäischen Grenzregime gilt die Regierung der Republik Niger, eines der wichtigsten Durchreiseländer für flüchtende und ausreisewillige Menschen aus allen Ländern West- und Zentralafrikas. Milliardenbeträge aus der EU fließen in die Aufrüstung von Polizei, Militär und Gendarmerie, mit dem Ziel, Transsahara-Reisewege zu schließen und sogenannte Schlepperei und irreguläre Migration zu bekämpfen. Die Folgen: Der Verfolgungsdruck sorgt dafür, dass Fahrer auf die entlegensten und gefährlichsten Routen ausweichen, und viele der flüchtenden Menschen die auf den schwierigen Wegen zurückbleiben in der Wüste sterben.

Überall im Sahel-Raum sehen sich Reisende an den Grenzen und auf den Fernstraßen verschärften Kontrollen und Polizeischikanen ausgesetzt, neue Grenzstationen mit biometrischen Passkontrollen sprießen aus dem Boden, die seit vielen Generationen praktizierte Bewegungsfreiheit wird auf Betreiben der EU-Staaten untergraben. Die Regierungen und Repressionsorgane der Maghreb-Staaten wiederum sehen sich durch die EU-Politik ermutigt, Menschen aus Ländern Subsahara-Afrikas brutal zu entrechten und zu verfolgen.

Die perfide Ratio hinter all diesen Praktiken ist es,

Menschen davon abzuhalten Europäisches Territorium zu betreten und sie am Stellen eines Asylantrages zu hindern. Die Europäische Union versucht sich von ihrer „Humanitären Pflicht“ freizukaufen, indem sie afrikanische Regierungen mit hohen Geldsummen korrumpiert. Menschenrechte zählen dabei ebenso wenig wie die Zukunft der Beziehungen zwischen afrikanischen Regierungen und ihrer Bevölkerung. Eine direkte Folge dieser europäischen „Sicherheitspolitik“ ist, dass tausende Menschen auf den Routen durch die Wüsten Afrikas sterben – umgebracht durch die neokoloniale Politik und ihre Vertreter, die in Gestalt eines aggressiv in den afrikanischen Kontinent hineinregierenden Migrationsregimes auftreten.

Stellungnahmen aus zivilgesellschaftlicher und menschenrechtlicher Perspektive zu den Folgen europäischer Migrationspolitik für Migrant*innen, sowie den Auswirkungen auf die betroffenen afrikanischen Gesellschaften:

• „Zur Situation der Frauen“

von **Dr. Ishraga Mustafa Hamid**: Schriftstellerin, freie Journalistin und Expertin zur Situation von geflüchteten Frauen und Migrantinnen, sowie zum „Khartoum-Prozess“

„Migration ist ein Menschenrecht, d.h. niemand darf Menschen aufhalten und Menschen dürfen sich bewegen wie sie wollen. Seit 1989, da hatte ich schon die Uni absolviert, hat sich die Situation im Sudan dramatisch verschlechtert. Es gibt viel Gewalt gegen Frauen, Frauen werden vergewaltigt. Frauen wurden genutzt für die Politik und die Machtkämpfe zwischen den Regimen in Nord und in Südsudan. Südsudan wurde von Nordsudan getrennt, als ob dass das einzige Problem wäre. Mit solchen Regimen kooperiert die Europäische Union, damit die Migration gestoppt wird. Sudan ist ein Transitland und liegt neben Eritrea und Somalia.

Frauen aus Eritrea, Somalia und Äthiopien erleben jeden Tag Diskriminierungen. Im Sudan gibt es viel Kritik an jungen Frauen, weil sie die Gesetze nicht respektieren und kein Kopftuch tragen, egal ob die Frauen Musliminnen sind oder nicht.

Die EU hat viel Geld an das Regime in Sudan bezahlt, damit Soldaten die Grenzen bewachen, sodass niemand in den Sudan hineinkommt und auch niemand hinaus. Viele Frauen im Sudan haben keine Möglichkeit einen Job zu bekommen. Durch die Prekarität fallen viele Frauen Netzwerken des Frauenhandels und des Organhandels in die Hände. Zahlreiche Frauen lassen sich im Sudan operieren, um mit dem Geld nach Europa weiterreisen zu können.

Ich kooperiere seit 3 Jahren mit einem Netzwerk eritreischer Frauen und wir haben gemeinsam „Global

Women against Slavery“ gegründet, nachdem wir gesehen haben was in den lybischen Gefängnissen passiert. Frauen werden gefoltert, vergewaltigt und ermordet. Und das alles bezahlt mit dem Geld der europäischen Union. Diese Gelder sind unser Steuergeld.

Afrika ist kein armer Kontinent, sondern wird arm regiert und ausgebeutet. Ein Schritt in die richtige Richtung wäre eine starke Kooperation mit der Zivilbevölkerung und NGOs und nicht mit den korrupten Regierungen dieser Länder. Die NGOs werden uns helfen die Demokratisierungsprozesse in den afrikanischen Ländern zu beschleunigen. Wenn es keine Rechte und keine Meinungsfreiheit gibt, verfestigen sich die Strukturen der Vertreibung.

Das heißt die Lösung ist eine Förderung der NGOs und nicht der Regime. Es gibt auch in Europa Menschen, die sich mit uns solidarisieren für Gleichheit und Gerechtigkeit.“

• „Die EU spielt afrikanische Staaten gegeneinander aus“

von **Ibrahim Manzod**: Alternatives Espace Citoyen und Koordinator des Alarmphone Sahara in Agadez, Journalist, betreibt eigenes regierungskritisches Radioprogramm, spricht darüber „warum Niger der Gendarm Europas ist“

„Danke, dass ich über Niger und die Situation in Agadez sprechen darf. Zuerst will ich sagen, dass sich die Grenze Europas verändert hat. Die Grenze verläuft nicht mehr im Mittelmeer, sondern sie ist verschoben bis tief in den afrikanischen Kontinent, sie ist bei uns in Agadez gelandet. Der Weg von Agadez nach Libyen ist eine 3000km lange Strecke durch die Wüste. Dort sind Menschen unterwegs, die auf der Flucht sind vor Krieg und Hunger und auch vor der brutalen Politik der Europäischen Union.

Die Leute weinen um die Toten im Mittelmeer, aber die Situation in der Wüste ist noch schlimmer. Es gibt so viele Menschen, die durch die Wüste gehen, deren Schicksal wir nicht kennen. Die Jungen, die Frauen, die Kinder die Männer bezahlen den Preis für die Fahrt Richtung Europa und sind dann verschwunden.

Mit dem Geld aus Europa für Entwicklungshilfe werden Waffen gekauft und Autos und Motorräder für die Polizei und das Militär. All diese Mittel werden verwendet, um Menschen daran zu hindern den Weg in den Norden Richtung EU zu schaffen. Die Mobilität von Personen wird eingeschränkt. Die Bewegungsfreiheit ist total blockiert in der gesamten Region. Das hat Europa produziert.

Hier in Europa gibt es die Europäische Union, wo es möglich ist frei zu reisen und eigentlich ist das in Afrika auch der Fall gewesen, besonders in Westafrika. Aber das ist jetzt durch die militärischen Kontrollen nicht mehr möglich. Es werden Barrieren geschaffen um uns Afrikaner*innen die Bewegungsfreiheit zu nehmen. Die EU hat innerhalb von Afrika Grenzen gezo-

gen und das ist ein Verbrechen gegen die Autonomie und die Souveränität auf unserem Kontinent.

Afrika ist nicht arm, Afrika ist verarmt und wurde arm gemacht und ausgeraubt. An all jene Personen in Europa, die sagen wenn die Grenzen aufgemacht werden dann kommen ja eine Milliarde Menschen aus Afrika nach Europa. Aber warum kommt die Milliarde? Weil es genau die Milliarden Menschen sind, denen alles geraubt wurde und es ist ein Ausdruck davon, dass es keine Gerechtigkeit gibt und dass es schon lange keine Gerechtigkeit gibt. Weil die Grundressourcen den afrikanischen Ländern weggenommen wurden. Warum gibt es keine Visa im Gegenzug zum Abbau und Raub von Gold und Mineralien? Materialien und Güter für die Bereicherung Europas werden durchgelassen, Menschen kommen nicht durch. Ich musste 1000 Dokumente ausfüllen bis ich die Möglichkeit hatte nach Wien zu kommen. Umgekehrt können Europäer und Europäerinnen überall hinfahren wo es ihnen gefällt. Für uns ist das nicht möglich. Das ist ein absoluter Ausdruck von Ungerechtigkeit. Wir wollen das nicht länger akzeptieren.

Erst gestern sind 462 neue, italienische Soldaten in Agadez in der italienischen Militärbasis angekommen. Es gibt weitere Militärbasen, französische, US-amerikanische an verschiedenen Orten, z.B. in Madama und Arlit. Die Soldaten sind aber nicht da um uns zu schützen und Sicherheit zu geben, sie sind da um die Ausbeutung der Rohstoffe zu kontrollieren und die Migrant*innen aufzuhalten. Niger hat weltweit das geringste Bruttosozialprodukt. Wie kann das sein wo es im Niger viel Gold, viel Öl und viel Uran gibt. Die Mächtigen machen sich das Land zu Eigen und beuten es aus. Ihr werdet belogen, wenn die Politiker*innen sagen die Armeen sind gegen Terroristen stationiert und um die Migration zu kontrollieren. Das ist alles ein Alibi. Es geht darum die Ressourcen abzusichern. Für uns Journalist*innen ist es sehr schwierig richtige Informationen zu bekommen außerhalb von Agadez. Hier wollen wir mit Alarmphone Sahara einen Gegenakzent setzen. Wir haben ein Netzwerk mit Kontaktpersonen um an Informationen zu bekommen wie es mit der menschenrechtlichen Situation außerhalb von Agadez in der Wüste aussieht.“

• „Mobilität auf afrikanischen Kontinent wird eingeschränkt“

von **Alassane Dicko**: malischer Aktivist und Gründungsmitglied Afrique Europe Interact, spricht über „Fluchtgründe, ökonomischer Ressourcenraub, Destabilisierung afrikanischer Staaten, sowie Perspektiven des zivilgesellschaftlichen Widerstandes und Handlungsfähigkeit“

„Mein Freund Ibrahim hat schon einige klare Worte gesagt über die Blockaden, die errichtet werden um die Bewegungsfreiheit der Afrikaner*innen einzuschränken. Es geht in Wirklichkeit um Mobilität und gerade

für uns in Afrika war diese Mobilität immer ein ganz wesentlicher Teil unseres Lebens und des soziokulturellen Kontextes in dem wir uns bewegen. Und genau diese Mobilität auf dem afrikanischen Kontinent wird immer mehr beschränkt und verunmöglicht.

Die überwiegende Mehrheit von Menschen auf der Flucht bleiben innerhalb der afrikanischen Länder. Es ist falsch, wenn so getan wird, als ob die überwiegende Zahl der Menschen aus Afrika auf der Flucht auf dem Weg nach Europa wären. Bis 2005 haben sich nur wenige Menschen auf den Weg per Boot übers Meer gemacht haben. Es gab nicht so viel Tote. Wann hat es also angefangen? Ein wesentlicher Punkt waren Fischerabkommen der europäischen Staaten z.B. mit dem Senegal, die dazu geführt haben, dass Fischer*innen im Senegal ihre Existenzgrundlagen verloren haben und umsatteln mussten. Dann begannen sie die Boote für den Transport von Menschen auf die kanarischen Inseln einzusetzen.

Das ist ein Beispiel für die Abkommen, die europäischen Staaten mit afrikanischen Ländern geschlossen haben. Diese Abkommen sorgen dafür, dass Menschen aus afrikanischen Ländern fliehen und woanders Zuflucht suchen. Diese Menschen sind neben all jenen die vor Krieg und vor Umweltzerstörung fliehen, Menschen die vor der wirtschaftlichen Hoffnungslosigkeit und einem Leben das keine Perspektiven mehr bietet, flüchten.

Ich möchte vom Widerstand berichten. In unseren Ländern bestehen unterschiedliche Widerstandsbewegungen, um gegen diese Situation zu kämpfen. Es gibt gewerkschaftliche Bewegungen und zivilgesellschaftliche Bewegungen. Die Menschen in der Diaspora melden den Gesellschaften aus denen sie kommen zurück, was sie im Ausland erleben. Diese Menschen, die in die Migration aufgebrochen sind, melden zurück: Euer Unglück ist das Glück der Europäer*innen.

Die Menschen auf der Flucht sterben nicht umsonst. Es ist nicht zu verhindern, dass wir überall hingehen. Früher sind wir vor allem in die Länder Nordafrikas gegangen, nach Libyen oder nach Marokko und wir haben dort in unterschiedlichen Jobs gearbeitet, auf dem Bau oder in der Landwirtschaft und haben somit unser Auskommen verdient. Seit 2005 wird uns durch das Einwirken der europäischen Staaten diese Möglichkeit genommen. Die EU beeinflusst die nordafrikanischen Staaten um Migration zu kontrollieren, Menschen zurückzuschicken und Barrieren zu errichten. Wenn dort der Boden heiß ist, wo wir herkommen und wir dorthin nicht zurückkommen können. Und wenn auch dort wo wir sind der Boden heiß ist, bleibt nichts anderes übrig als uns nach vorne weiterzubewegen, in dem Fall nach Europa!

Wir kämpfen in Mali schon lange gegen Abschiebungen. Für unseren Kampf ist es wichtig dass wir uns vernetzen. Denn die Grenzen, die gezogen werden, hindern uns daran zusammenzukommen. Hindern uns daran uns frei zu bewegen. Es ist für viel Bürger*innen Afrikas schwierig sich von einem Land in das andere af-

rikanische Land zu bewegen. Vor diesem Hintergrund haben wir unser Netzwerk Afrique-Europe-Interact (AEI) gegründet. Dieses Netzwerk haben wir geschaffen um darin unseren Kampf gemeinsam zu führen. Wir haben 2011 eine Karawane für Bewegungsfreiheit von Bamako in Mali in den Senegal organisiert.

Wir müssen gegen die Abschiebe- und Rückübernahmeabkommen vorgehen. Jetzt erst wurde wieder ein Abschiebeabkommen der EU mit Tunesien unterzeichnet. Diese Politik bedroht das Leben in unseren Ländern. In den letzten 2 Jahren haben wir in Mali und in verschiedenen Ländern in Europa gemeinsam vernetzte Proteste organisiert. Es war das erste Mal seit der Unabhängigkeit Malis, dass wir in Bamako vor der deutschen Botschaft eine Demo organisiert haben. Das war etwas ganz Besonderes, denn diese Botschaft ist ein Hochsicherheitsbereich, wo es nicht so einfach ist eine Demo zu machen, aber wir haben es gemacht.“

*Die Statements sind am 22. September 2018 beim internationalem Expert*innen-Hearing zur Externalisierung europäischer Grenzen auf afrikanischem Boden beim „Savety for all“ Gegengipfel in Wien aufgenommen worden.*

Rückfragenhinweis

Afrique-Europe-Interact Wien

Anne Kühne

+43 699/18919139

aei.wien@gmail.com

www.afrique-europe-interact.net

www.facebook.com/aeivienna/

Stellungnahme von Seebrücke Wien

Für Migrant*innen und Flüchtende ist das Überqueren des Mittelmeeres lebensbedrohlich. Während zivile Rettungsschiffe in Europas Häfen festgesetzt werden, wird den wenigen, die sich an Seenotrettungsaktionen beteiligen konnten, das Einlaufen verwehrt. Die Gefahr zu ertrinken ist allgegenwärtig, die Rettung wird verhindert – eine brutale Konsequenz der Festung Europa.

Drittstaaten werden immer stärker unter Druck gesetzt, das zu erledigen, was zynisch als „Migrationsmanagement“ bezeichnet wird: In Libyen halten Milizen Tausende in Gefangenschaft, setzen sie Folter und Nötigung aus. Beim Durchqueren der Sahara werden Menschen gezwungen auf immer gefährlichere Fluchtrouten auszuweichen. Das Sterben findet hier im Verborgenen statt.

Flucht ist keine freie Entscheidung. Der Mär von den „Pull-Faktoren“ stehen Krieg, Hunger und Existenzangst entgegen. Die Konkurrenzverhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise erzeugen zwangsläufig Fluchtursachen. Egal ob jemand vor Krieg oder anderen Zuständen flieht – ein gutes Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung, sowie die freie Entscheidung zu gehen oder zu bleiben, muss es für alle geben!

Wir fordern: Das Ende der Kriminalisierung von ziviler Seenotrettung! Sichere Fluchtwege und solidarische Städte! Bewegungsfreiheit für Alle! Solidarität mit allen Menschen auf der Flucht!